

12.03.2021

## Fakten kontra Populismus

Will man sich Gehör verschaffen, publiziert man Berichte, in denen Sachverhalte unvollständig wiedergegeben oder Fakten einfach weggelassen werden. So auch im Bericht der FDP in der letzten Ausgabe des Mitteilungsblattes.

Was ist denn nun wirklich dran an den Steuer- und Gebührenerhöhungen?

### Grundsteuer

Für das Jahr 2021 wurde vom Rat eine Erhöhung des Hebesatzes bei der Grundsteuer um 15 Prozentpunkte beschlossen. Diese Erhöhung wurde bereits faktisch schon bei der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes beschlossen, nachdem für 2026 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden soll.

Weitere Beschlüsse des Rates zu Steuererhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer gibt es bisher nicht, auch wenn die letzte Veröffentlichung der FDP versucht das zu suggerieren. Zusammen mit dem Haushalt für 2021 wurde auch das Konzept für die Haushaltskonsolidierung bis zum Jahre 2026 beschlossen. Zur Darstellung eines ausgeglichenen Haushaltes im Jahre 2026 finden sich in diesem Konzept jährlich steigende Hebesätze, die bis zum Jahre 2026 auf 850 Prozentpunkte bei der Grundsteuer B steigen. Soweit sich die Einnahmen der Gemeinde bei den Schlüsselzuweisungen z. B. auf Grund einer wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie verbessern sollten, wird man sicher von einer massiven Erhöhung bei den vorgesehenen Hebesätzen absehen können. Heute genaue Aussagen zu diesem Thema treffen zu können, wäre sicher unrealistisch, wie uns die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, in denen alle Überlegungen auf Grund der Aufwendungen für Flüchtlinge und der Pandemie zur Makulatur wurden.

Auch wenn Sparen die oberste Priorität bei unserem Handeln ist, so sind wir doch der Ansicht, dass erforderliche Investitionen in die Infrastruktur unserer Gemeinde, z. B. Schulen, Kindergärten etc. erforderlich sind. Denn eine lebenswerte Gemeinde besteht nicht nur aus niedrigen Hebesätzen bei der Realsteuer, sondern auch aus dem Angebot an Schulen, Kindergärten und einem lebenswerten Umfeld für die Bürgerinnen und Bürger.

### Abwassergebühren

Es ist richtig, dass der Rat eine Erhöhung bei den Schmutzwassergebühren von 10 Cent je Kubikmeter und nicht je Quadratmeter beschlossen hat. Auf Grund der Gebührenkalkulation für das Jahr 2021 hätte man zwar auf Grund eines vorzutragenden Gewinnes aus dem Jahre 2019 auf eine Gebührenerhöhung verzichten können, allerdings wäre dann eine Erhöhung der Abwassergebühren im Jahre 2022 in einem größeren Umfang erforderlich gewesen. Dadurch, dass man bei der Gebührenkalkulation den Gewinn aus dem Jahre 2019 in das Jahr 2022 verlagert und bereits im Jahre 2021 eine (maßvolle) Erhöhung der Gebühren vorwegnimmt, wird man aller Voraussicht nach, im Jahre 2022 von einer weiteren Erhöhung absehen können. Daneben hält sich die zusätzliche Belastung des Bürgers durch die Gebührenerhöhung auch in Grenzen, da sie auf der anderen Seite durch eine Erhöhung des Zuschusses des Landes i. H. von 7 Cent je Kubikmeter wieder abgemildert wird und die Mehrbelastung des Gebührenzahlers letztendlich damit nur 3 Cent/cbm beträgt. Für einen Durchschnittshaushalt mit 4 Personen/120 cbm Verbrauch ergibt sich damit rechnerisch eine Mehrbelastung von 3,60 € je Jahr.

Ungeachtet meiner Ausführungen wird sich die **CDU-Fraktion** nicht nur Heute sondern auch in Zukunft intensiv mit dem Haushalt der Gemeinde beschäftigen und versuchen, die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten. Hierzu haben alle Fraktionen einen gemeinsamen Arbeitskreis gebildet, der schon im April seine Arbeit aufnehmen wird.

Gespannt sind wir auf die Vorschläge der FDP zur Haushaltskonsolidierung und erwarten hier konstruktive Vorschläge und nicht nur populistische Darstellungen in den Medien.

*Peter Steimel*

Ihr Vertrauen ist unser Antrieb: CDU-MUCH